

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1920

291 (1.7.1920) Mittagausgabe

Badische Presse

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land. Weitans größte Bezieherzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Beilagen: Sportblatt * Landwirtschaft und Gartenbau * Modeblatt * Volk und Heimat.

Eigentum und Verlag des Ferd. Thiergarten.

Verantwortlich für alleam. Volith u. Neumilton; Ant. Rudolph; dah. Volith, Volales u. alleam. Zeit: H. Weh. u. Seidenborn; dah. Chronik u. Sport: H. Weberauer; für den Anzeigen-Teil: H. Rinderauer, alle in Karlsruhe.

Berliner Vertretung: Berlin W. 19

Ständige Auflage 50000 Exemplare.

Geschäftsstelle: Brief- und Sammler-Gede, nach Karlsruhe und Karlsruhe.

Postkontokonto: Karlsruhe Nr. 8359

Nr. 291.

Karlsruhe, Donnerstag den 1. Juli 1920.

36. Jahrgang.

Neuestes vom Tage.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth gibt die Höhe der deutschen Schuld auf 265 Milliarden an. Der Kreuzer „Königsberg“ muß an Frankreich ausgeliefert werden.

In der Ostmark nimmt der polnische Terror brutale Form an. Auf deutsche Flüchtlinge wird mit Maschinengewehren geschossen. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sind neue Waffenfunde gemacht worden.

Durch Blitzschlag ist in Oberbayern eine schwere Explosionskatastrophe herbeigeführt worden.

Hunderttausend Siedler?

Von Hauptmann Detlef Schmude.

Alle Redungen lassen erkennen, daß die Entente wenig geneigt ist, auf der Konferenz in Spa die Frage der Entlassung Deutschlands in einem der Vernunft und der Billigkeit entsprechenden Sinne zu behandeln. Möchte es den Ausführungen des bekannten Siedlungsreformers, Hauptmann Schmude mit den nachstehenden Ausführungen gelingen, in deutschen Volksteilen und namentlich an den verantwortlichen Stellen das Verständnis für die Wichtigkeit des Problems und die Notwendigkeit fluggeführter Politik zu wecken.

In ungehörtigen Herzen schlägt heute ein Schicksal denn jemals früher, nicht nur bei Großstadtbränden, die der freien Unruhe zu entziehen suchen, nicht nur bei solchen, die müde geworden sind in dem Kampfe ums Dasein, nein, — es ist wie eine große Reaktion, die Hunderttausende nach dem langen stillen Dulden und Leiden des Krieges befallen hat. Und doch ist es ein Zeichen, das uns für unser Volk hoffen lassen kann, denn es birgt Kraft und Gesundheit in sich: Dieses Sehnen, Suchen, Wollen, Wünschen, Hoffen und Beten, es geht um das eigene Heim und die eigene Scholle.

Warum befrachtet man es nicht? Land in Fülle ist da; starke Arme warten der Arbeit des Säens und Erntens. Ist nicht immer ein Weg gewesen, wo ein Wille war?

Wenn vor dem Kriege die Grenze des Erreichbar-Möglichen dem Willenstarke unendlich weit gesteckt war, heute sind auch ihm die Hände gebunden: Eine braune Scholle und eine grüne Weide sind wohl dem Wanderer zu Gefallen, nicht dem Siedler, der ohne Haus und Stall, ohne Ackergerät und Vieh der Natur, der er seinen Lebensunterhalt abringen will, hilflos gegenübersteht. Es darf nicht übersehen werden, daß selbst das Notwendigste, wenn es neu beschafft werden muß, fast unerschwingliche Mittel erfordert. Und ständen sie zur Verfügung, was hätte es, wenn Kohlen fehlen, die Ziegel zu brennen, wenn es an Kali mangelt, um die eigene Scholle auch ertragreich zu machen. Und das alles vielleicht, nicht weil es an diesen Naturprodukten fehlt oder weil der Wille nicht da ist, sie zu fördern, sondern weil die wenigen Waggons nicht zur Stelle sind, um den Siedler rechtzeitig zu bedienen.

Wir stehen heute in der Siedlungsfrage nicht mehr, wie vor Jahresfrist, vor theoretischen Erwägungen, sondern zwölf Monate Praxis haben uns einen Weg gewiesen: An keinem Anfang steht das Wort „Zeit!“ Und betrachten wir hiernach, was zu verlangen und was zu erreichen möglich ist, wir kommen zu Schlüssen, die unseren Hoffnungen bei weitem nicht immer voll entsprechen.

Der Siedlungsgedanke ist heute vollständig im Augenblick umjöhrt, wo wir vor einer drohenden Wirtschaftskrise stehen. Nur ist es ein Umling, ein Heer von Arbeitslosen durch Anziehen von heute auf morgen — dem Einzelnen und dem Gemeinwohl nützlich — unterbringen zu wollen. Mehr denn je muß heute der Gedanke vorberichten, unter allen Umständen jeden an seiner Arbeitsstätte festhalten.

Wenn der Friedensvertrag von Versailles verlangt, daß am 10. Juli das Heer nur noch eine Stärke von 100 000 Köpfen hat, was heute — keine drei Wochen sind es mehr bis zu diesem Zeitpunkt — noch die doppelte Zahl hat, so bedeutet das eine Katastrophe: Handel und Industrie sind überfüllt; es kommt noch hinzu, daß bedauerlicherweise noch immer der frühere Reichswehrangehörige im bürgerlichen Leben bspottet wird. Da ist man auf den Gedanken der Siedlung verfallen. Und ich sage wieder: Zeit ist die erste Erfordernis.

Zu Experimenten mit zweifelhaftem Ausgang ist unsere Lage wahrlich nicht angehen. Und welche Schwierigkeiten entstehen, wenn eine Truppe, die in schwacher Zeit für Ruhe und Ordnung ihr Blut eingeeigt hat, unverzagt auf der Straße steht, hat uns die Auflösung der Marine-Brigaden Ehrhardt und Löwenfeldt, der Freikorps und nicht zum mindesten der traurige Vorfall in Soest gezeigt.

Und dabei erscheint mir noch gerade der Soldat als besonders geeignet für den Siedler: Sein Beruf erzieht ihn besonders zur Arbeit in Wind und Wetter, zum Ertragen körperlicher Mühsalen. Der Wille liegt vor, hier nach besten Kräften zu helfen, aber die Schwierigkeiten sind so unendlich groß, daß es eben nur langsam vorantreiben gehen kann. Kluge Erkenntnis bedingt darum, nicht vorzeitig zu handeln.

Die Regierung darf sich darüber keinem Zweifel hingeben, daß, wenn sie heute 100 000 Soldaten unversorgt entläßt, daraus so ernsthafte Gefahren erwachsen, die zu bannen dann nicht mehr in ihrer Macht liegen wird. Damit begibt sie sich aber ihrer Autorität. Sie ist nicht mehr in der Lage, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Damit ist der geregelte Gang der Wirtschaft gefährdet. Die Erfüllung der wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages wird zur Unmöglichkeit. Und ein Deutschland, das nicht mehr produziert, reißt untergehend ein Europa nach sich!

Möge noch rechtzeitig einsichtigen Staatsmännern der Entente die Erkenntnis werden, daß der Beibehalt eines 200 000 Mann-Heeres für Deutschland nicht eine militärische Forderung ist, sondern daß die Wirtschaftler so wollen, daß es um das Ergebnis nicht eines, sondern vieler schwergeprüfter Völker sich handelt, daß eben eine von übertriebenen Nationalgefühl diktierte Forderung zurücktreten muß, wenn der Untergang aller droht.

100 000 kampfgewohnte Männer innerhalb weniger Wochen als Erwerbslose auf die Straße zu setzen, bedeutet, das wirtschaftliche und politische Chaos derart zu verstärken, daß ein geordneter Wiederaufbau Deutschlands undenkbar wird. Was ein anarchobolschewistisches Deutschland für die Völker des Abendlandes zu bedeuten hat, das werden, fürchte ich, die Staatsmänner der Entente zu spät erkennen. Bestehen sie auf ihrer Forderung der überstürzten Auflösung der 100 000 Mann Reichswehrangehöriger, nun gut, dann haben sie es sich zuzuschreiben, wenn ein hochotisches Deutschland nicht in der Lage sein wird, die Forderungen des Friedensvertrages zu erfüllen.

Aus Liebe zu meinem Volke und Vaterlande, aber auch aus Liebe zur gesamten weißen Rasse, tharne ich danor, Deutschlands Wi-

len und Fähigkeit zur friedlichen inneren Kolonisation zu lähmen, dadurch, daß das Heer der Anzuziehenden, der um ihr Dasein Ringenden, künstlich vermehrt wird. Wehe, wenn kampferprobte deutsche Männer ihre Rettung im Anschluß an Ausland suchen müssen, weil die Entente sie dazu treibt! Dann triumphieren Lenin und seine Mitarbeiter doch noch über die Herren von London und Paris. Unsauberes Elend aber zieht über Europa herauf, wenn der Kampf um Dasein neue kriegerische Konflikte erzeugt!

Die Verhandlungen mit Krasin.

WTB. London, 30. Juni. „Daily Telegraph“ meldet, Krasin habe wider alles Erwarten eine neue Unterredung mit Lloyd George am Dienstag gehabt. Es sei die Möglichkeit der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen ins Auge gefaßt und diskutiert worden. Krasin hatte aber die von der englischen Regierung verlangten Garantien noch nicht geben können.

WTB. London, 30. Juni. Die „Times“ berichten: Krasin hatte nach Beendigung der Belpredung mit Lloyd George einen sehr verzögerten Eindruck gemacht. Es sei kein Fortschritt erzielt worden, da Krasin keine Garantien geben konnte. Anscheinend will die Moskauer Regierung nur ein Abkommen unterzeichnen lassen, das die Anerkennung der Sowjetregierung in sich schließt. In Basel, 30. Juni. (Privattelegraph) Der russische Sowjetdelegierte Krasin, überreichte gestern Lloyd George die Note seiner Regierung, über die Anerkennung der russischen Staatsgebilde. Die Note lautet, soll die Note wenig befriedigend ausgefallen sein. Die Sitzung des interalliierten Obersten Wirtschaftsrates mit Krasin, die für die nächsten Tage vorzuziehen war, ist deshalb verschoben worden, um die weiteren Erklärungen der russischen Regierung vorzulegen.

Nach englischen Meldungen wird Krasin vor der Abreise nach Spa nach Spa mit diesem eine neuerliche Unterredung haben. In Londoner unterirdischen Kreisen wird erklärt, daß die ganzen Verhandlungen mit Krasin die Hoffnung zulassen, daß eine befriedigende Lösung der britischen Fragen erzielt wird.

Kuntius Pacelli beim Reichspräsidenten Ebert.

WTB. Berlin, 30. Juni. Reichspräsident Ebert empfing heute den ersten apostolischen Nuntius Mg. Pacelli zur Überreichung seines Beglaubigungsschreibens. Hierbei hielt der Nuntius eine Rede, in der er u. a. sagte:

„Die Errichtung einer Reichsbotschaft beim H. Stuhl in Rom und die Gründung einer apostolischen Nuntiarat in Berlin stellt ein Ergebnis dar von historischer Bedeutung in den Beziehungen zwischen dem apostolischen Stuhl und Deutschland und gleichzeitig eine Anerkennung des wofürsichtigen und unparteiischen Wirkens des H. Vaters. Um dem deutschen Volke die ständige Ruhe wiederzugeben, die für jeden Fortschritt notwendig ist, betrachtet seine Heiligkeit als von höchster Wichtigkeit die Eintracht zwischen den zwei Gewalten, der kirchlichen und der bürgerlichen. Aus diesem Grunde hat mir der allerhöchste Oberhirte den hohen Auftrag erteilt, mit den zuständigen Autoritäten die Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Deutschland von neuem zu regeln, wie es der heutigen Lage und den heutigen Bedürfnissen entspricht.“

Der Reichspräsident erwiderte u. a.: „Auch ich erblicke in der Errichtung der deutschen Botschaft am päpstlichen Stuhl und der päpstlichen Nuntiarat in Berlin Grundsatzfragen von weitgehender Bedeutung. Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß eine auf berechtigten Interessen beider Parteien beruhende, befriedigende Einigung erstrebt werden muß. Darüber hinaus liegen vor uns Aufgaben von größter Ernst. Die Beziehungen zwischen den europäischen Völkern müssen in dem Geiste des Friedens und des Vertrauens wieder ausgerichtet werden. Deutschland ist entschlossen, hieran mit allen Kräften mitzuarbeiten. Soll diese weltgeschichtliche Aufgabe gelöst werden, dann müssen sich alle Völker zu dem Gedanken der Nächstenliebe und der Verbrüderung bekennen, deren unermüdlicher Verkünder stets der Papst gewesen ist. Ich heiße Eure Eminenz im Namen der Regierung der deutschen Republik als ersten apostolischen Nuntius von ganzem Herzen willkommen.“

Die erste Sitzung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats.

WTB. Berlin, 1. Juli. Gestern nachmittag um 3 Uhr begann im Plenarsaal des preussischen Herrenhauses die erste Sitzung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Saal und Tribünen waren voll besetzt. Am Regierungstisch hatten u. a. Reichsminister Fehrenbach, Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz, Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons, Reichsminister des Innern Koch, Preuss. Wohlfahrtsminister Stegerwald Platz genommen.

Ministerpräsident Kommerzienrat Hermann Banberger (Arbeitsminister) eröffnete die Sitzung. Reichsminister Fehrenbach begrüßte namens der Reichsregierung den vorläufigen Reichswirtschaftsrat. Nach seiner Zusammenkunft und seinen Aufgaben stellte er eine neue Erscheinung unter den Parlamenten der Welt dar. Der endgültige Reichswirtschaftsrat solle sich auf einer Reihe von Körperlichkeiten aufbauen, die heute noch nicht beständen, deren Einrichtung vielmehr zu den Aufgaben der nächsten Monate gehöre. Die gegenwärtige Wirtschaftsfrage ließe es aber geboten erscheinen, nicht länger zu warten. Die Reichsregierung habe deshalb für die einstweilige Lösung der Aufgaben diesen Reichswirtschaftsrat geschaffen und hoffe auf seine wirksame Hilfe bei den schwereren Belastungsproben, welche die nächsten Monate der deutschen Wirtschaft bringen würden. (Beifall.)

Der Entwurf einer vorläufigen Geschäftsordnung ist durch das Los zu bestimmen, ob ein Arbeitgeber- oder ein Arbeitnehmervertreter zum Präsidenten gewählt werden soll. Das Los entschied für einen Arbeitgebervertreter. Unterstaatssekretär a. D. Eber von Braun wird dann mit 228 Stimmen zum Vorsitzenden gewählt, der die Wahl mit Dank annimmt.

Es folgt die Wahl des ersten Stellvert. Vorsitzenden, der aus der Reihe der Arbeitnehmer zu wählen ist. Reichsminister a. D. Wislizenus schlägt vor, den Gewerkschaftsvorsitzenden Legien zu wählen. Die Wahl wird wiederum unter Namensaufruf vollzogen. Legien wird mit 243 Stimmen gewählt.

Zu stellvert. Vorsitzenden werden Verbandsvorsitzender Urban, Tischler, Waltrusch, Generaldirektor Boeller, Banddirektor Dr. Salomonson, Regierungsrat Schömann, Geh. Rat Dr. von Flügge, Oberbürgermeister Wehlauf gewählt. Nach der Wahl der Schriftführer werden sodann für einen sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Ausschuß 30 Mitglieder und Stellvertreter und für den Geschäftsordnungsausschuß 12 Mitglieder und Stellvertreter

gewählt. Für das Wahlprüfungsgericht werden vier Mitglieder gewählt. Die Ausschüsse werden sich schon heute konstituieren. Schluß nach 6 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag vormittag 11 Uhr.

Nach der Friedensunterzeichnung.

Die Konferenz in Spa.

D. Berlin, 1. Juli. (Privattelegraph) Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, wird außer dem Reichsminister Fehrenbach sowie den Reichsministern Simon und Wirth auch der Reichsernährungsminister Hermes sich nach Spa begeben, der auf der Konferenz über Deutschlands Lebensmittellage Bericht erstatten und die Dringlichkeit der Bewilligung von Lebensmittellkrediten betonen wird.

Die Brüsseler Finanzkonferenz.

WTB. Brüssel, 30. Juni. Agence Havas. Das endgültige Programm der Finanzkonferenz wird erst bei Beginn der Konferenz festgelegt werden. Die Hauptfrage wird die Verteilung der von Deutschland geforderten Entschädigungsumme bilden. Die Finanzfachverständigen haben einen Bericht ausgearbeitet, der der Konferenz übergeben wird, die nach der Aussprache darüber Beschluß fassen wird. Wahrscheinlich wird der Vorschlag der Belgier angenommen werden. Die Arbeiten der Konferenz werden zwei Tage in Anspruch nehmen. Nach Schluß der Konferenz werden alle Delegationen sofort nach Spa abreisen.

Die belgische Forderung.

WTB. Rotterdam, 30. Juni. Der Brüsseler Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erfährt von zuverlässiger Seite, daß Belgien als Mindestentschädigung die Summe von 10 Milliarden Franken fordern werde.

Die Auslieferung der deutschen Kriegsschiffe.

— Wilhelmshaven, 1. Juli. Der Kreuzer „Königsberg“ ist laut Berliner Vertrag anfangs Juli an Frankreich abzuliefern.

Die Lage im Osten.

Die finnisch-schwedische Spannung.

WTB. Stockholm, 30. Juni. Die hiesigen Blätter bringen aus schließlich inspirierte Artikel, die einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Finnland fordern.

WTB. Kopenhagen, 29. Juni. Wie die „Berlingske Tidende“ aus Stockholm meldet, hat das schwedische Außenministerium in der Frage der Verfolgung der beiden aaländischen Führer dem finnischen Gesandten in Stockholm eine Note überreicht, in der die finnische Regierung aufgefordert wird, die Verhafteten freizugeben im Hinblick darauf, daß die Aalandsfrage jetzt vom Völkerbund gelöst werden solle.

Finnland und Sowjetrußland.

WTB. Kopenhagen, 30. Juni. Einem Telegramm aus Helsingfors zufolge, sind die Waffenstillstandsbedingungen Finnlands von den Roten Armeen abgelehnt worden, da die Russen das Recht zur freien Benutzung der finnländischen Bucht verlangen. Es bleiben noch die wirtschaftlichen Fragen, welche im Laufe dieser Woche beraten werden sollen.

Polnischer Terror in der Ostmark.

— Berlin, 1. Juli. Aus angeblich zuverlässiger Quelle wird verschiedenen Morgenblättern mitgeteilt, daß die Lage der Deutschen im Soldauer Gebiet in der Ostmark unter dem polnischen Terror von Tag zu Tag verzweifelter wird. Die durch die allgemeinen Einziehungen hervorgerufene Flucht der militärpflichtigen nehme täglich größeren Umfang an. Die Polen versuchten mit den schärfsten Maßnahmen die Abwanderungen zu verhindern. An der Grenze seien Märschinsengewehe aufgestellt, deren Bedienung der Befehl erteilt worden sei, alle Flüchtlinge niederzuschießen.

Die Geschehnisse im Reich.

WTB. Halle (Saale), 30. Juni. Der Oberbürgermeister der Stadt Halle, Dr. Krieger, hat sein Abschiedsgesuch eingereicht. Derselbe war auf Antrag der Unabgängigen in ein Disziplinarverfahren verwickelt wegen seines angeblichen Verhaltens während des Rapp-Butsches. Die Untersuchung hatte aber nichts Belastendes ergeben. Daraufhin war eine Verfügung des Oberpräsidenten auf Wiedereinsetzung des Oberbürgermeisters in sein Amt ergangen. Herr Krieger zieht es jedoch vor, nicht wieder auf seinen Posten zurückzukehren.

— Halle, 1. Juli. Der Vorsitzende des Betriebsrates Golpe soll die Gelder, die von den Arbeitern zur Unterstützung der Opfer des Rappbutsches gesammelt worden waren, unterschlagen haben. Der Täter ist verhaftet worden. Der gesamte Betriebsrat ist von seinem Amte zurückgetreten.

Die gesamte Schuld des Deutschen Reiches.

WTB. Berlin, 30. Juni. Im Haushaltsausschuß des Reichstags hat bei Beratung des Nototats Finanzminister Dr. Wirth die gesamte Schuld des Reiches auf 265 Milliarden Mark angegeben.

Die hohen Drudpapierpreise.

— Berlin, 30. Juni. Infolge der hohen Drudpapierpreise hat das im Verlage von August Scherl spät abends erscheinende Abendblatt „Der Abend“ sein Erscheinen einstellen müssen.

Zum gewaltsamen Abbau der Lebensmittelpreise.

WTB. Berlin, 30. Juni. Nach den Morgenblättern zog gestern ein Trupp von 100 Männern und Frauen vor das Ministerium für Ernährung, um gegen die Teuerung zu demonstrieren. Minister Hermes empfing eine Abordnung, erläuterte die Lebensmittellage, machte sie mit den Bestimmungen zur Senkung der Preise bekannt, worauf die Abordnung die Demonstration über die Ausführungen des Ministers unterließ. Der Zug entsetzte sich darauf ruhig.

WTB. Lübeck, 30. Juni. Hier drachen heute schwere Unruhen aus, nachdem die Obst- und Gemüsehändler gezwungen worden

waren, ihre Waren zu billigen Preisen abzugeben. Plündernde Mengen durchzogen die Straßen. Sie hatten es namentlich auf die Schuhwarengeschäfte abgesehen. Es wurden viele Waren geraubt. Soweit bis jetzt bekannt ist, wurden bei den Schieberereien zwischen Polizei und Menge drei Mann der Sicherheitspolizei erheblich verwundet. Auch aus der Menge sollen verschiedene Personen getötet worden sein. Im Laufe des Nachmittags wurden weitere Geschäfte geplündert. Insgesamt sind weit über hundert Geschäfte der Bekleidungs- und Schuhwarenbranche ganz oder zum Teil ausgeplündert worden. Auch in Lebensmittelgeschäften spielten sich wilde Szenen ab. Die Polizei mußte wiederholt von der Schußwaffe Gebrauch machen. Bisher wurden drei Tote festgestellt. Abends verhängte der Senat den Ausnahmezustand. Gleichzeitig alarmierte er die Einwohnerwehr, die im Verein mit den Polizeimannschaften die Hauptstraßen abspernte. Um Mitternacht schien der Hauptsturm vorüber zu sein.

Neue Waffenfunde im Industriegebiet.

Berlin, 30. Juni. Die „Tägliche Rundschau“ gibt eine Düsseldorf-Mitteilung wieder, wonach neue Waffenfunde im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gemacht worden sind.

Deutscher Reichstag.

193. Berlin, 30. Juni. Das Haus und die Tribünen sind sehr schwach besucht. Im Ministerisch, Finanzminister und Reichsminister sitzen.

Nach Beilegung der Interpellationen, darunter die Interpellation Ernstab (D.N.) über die Pressefreiheit, der zufolge von Organen der äußersten Linken Vorbereitungen für den Generalkrieg getroffen werden, der sich nicht nur auf die lebenswichtigen Betriebe erstreckt, sondern auch unter Anwendung von Gewalt durchgeführt werden soll, erklärt Finanzminister Heine, daß die Regierung die Interpellationen innerhalb der gestimmten Frist nach, innerhalb der nächsten Tage beantworten werde.

Nach Berichterstattung des Abg. Weisser (Str.) nimmt das Haus den Antrag Debouze, die Strafe für den Abg. Mittwoh aufzuheben, an. Desgleichen wird der Antrag der Deutsch-Nationalen auf einstweilige Einstellung des Verfahrens gegen den Abg. van den Kerckhoff angenommen.

In der fortgesetzten

Debatte über die Regierungserklärung nimmt Abg. Teimborn das Wort. Die Weimarer Verfassung muß die unerrückbare Grundlage unseres Programms für den wirtschaftlichen Wiederaufbau sein. Er behauptet, daß die Mehrheitssozialisten sich zurückgezogen hätten. Er danke der Volkspartei, daß sie diesmal nicht abheben getreten sei. Das Verhalten der Mehrheitssozialisten könne er nicht imponierend nennen. Das Zentrum wolle die Regierungsbasis nach Möglichkeit verbreitern. Den Anschlag an die Deutsch-Nationalen habe keine Partei nicht mitmachen wollen; denn das würde den Eindruck gemacht haben, daß eine Regierung ohne und gegen Demokratie und Arbeiter aufgefunden solle. Man müsse bei jeder Regierungsbildung darauf sehen, wie die nicht am Steuer stehenden Parteien sich zu ihr stellen. Seine Partei habe sich niemals ihrer nationalsozialistischen Forderungen entzogen. So auch nicht in dieser schmerzlichen Stunde der Not. Dem Reichskanzler Redner habe das Zentrum zu unaufrichtigem Danke verbunden. Er sei das Opfer seines Pflichtbewußtseins.

Redner kommt auf den sorgenvollen Leidensweg nach Spa zu sprechen. Ansprüchen, die wir nicht erfüllen können, müsse ein entschiedenes Nein entgegengebracht werden. Von den Programmpunkten des neuen Kabinetts sei der über die Forderung der Ruhe und Ordnung, auch im Heere und in der Beamtenstadt, der wichtigste. Die Herabminderung unseres Heeres auf 100 000 Mann sei ein Ding der Unmöglichkeit. Ausgaben und Einnahmen müssen in Einklang gebracht werden. Die Steuererlässe müssen energig durchgeführt werden. Es sei vollkommene Arbeit zu schaffen und dafür zu sorgen, daß noch mehr gearbeitet werde als bisher. Vielleicht sei es möglich, eine Kommission zur Herbeiführung von Ersparnissen auch in der Verwaltung zu bilden. Was die soziale Reform anbelangt, so muß diese weiter ausgebaut werden. Eine Befestigung der Zwangswirtschaft sei nicht möglich. Er appelliere an die Landwirtschaft, ihren Lieferungsverpflichtungen zu entsprechen. Redner schloß seine Ausführungen mit dem Ausdruck unbedingter Zustimmung zu den Regierungsvorlesungen und vollstem Vertrauen zu der neuen Regierung.

Abg. Dr. Stresemann (D. Vp.) gibt zunächst eine Uebersicht über die Ereignisse bei der Kabinettsbildung, bedauert, daß man sich statt dem Ergebnis der Wahlen zu entsprechen, an der Nationalität der Sieger gewendet habe, als die Sozialdemokratie nicht mittrat. Er bemerkte dem Abg. Dr. Herat gegenüber, daß eine Kabinettsbildung mit der Rechte allein eine Unmöglichkeit sei. Ein Uebereinkommen mit den Deutsch-Nationalen sei von keiner Partei nirgends abgeschlossen worden. Er kommt sodann auf die Sozialisierung zu sprechen und meint, noch wichtiger als diese sei die Hebung der Produktion. Der Abbau der Zwangswirtschaft sei noch lange nicht das freie Spiel der Kräfte wie früher; denn uns sei durch das Fehlen des internationalen Güterausgleiches die Kraft genommen. Die ganze Frage des Wiederaufbaues sei überhaupt international und nicht bloß eine deutsche Angelegenheit. Wenn Deutschland zusammenbräche, werde auch die übrige Welt in den Strudel hineingezogen werden. Der Reichswirtschaftsrat, der heute zusammengetreten sei, habe diesen Wiederaufbau vorzubereiten. Die Interferenz mit Spa werde schwerwiegender sein als die von Versailles. Deshalb müsse genau erörtert werden, was unterschrieben werden sollte. Die sozialen Einrichtungen seien auch für die Sieger nicht minder schwer als für uns. Zwingt uns Spa zum Volksweltismus, so breche das Unheil auch für den Sieger herein. Er verlange Unterfertigung der Auslandsdeutschen, die ihr Geschäft im Ausland verloren hätten und jetzt dorthin zurückkehren wollten, desgleichen

Das Geheimnis des Schränkchens.

Roman von Burton E. Stevenson.

(38. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Fünfundzwanziges Kapitel.

Als Julie zu Boden sank, verfiel ihr Schleier an einer Stuhllehre und wurde von dem Gesicht weggezogen. Als ich ihre Züge erblickte, erfaßte mich eine große Ueberraschung; denn ich erkannte in ihr die geheimnisvolle Frau, deren Photographie d'Aurelle in seiner Taschenmappe bei sich gehabt hatte.

Einen Augenblick stand ich sprachlos da und starrte auf das verblühte, von Leidenschaften verwüdete Gesicht. Dann eilte Godfrey hinzu und trug die Bewußtlose auf den Divan.

„Ein wenig Wasser!“, sagte er, und als er sich umwandte und mich anblickte, sah ich, daß sein Antlitz vor Erregung leuchtete.

Ich eilte zur Tür und rief sie auf. Rogers stand auf der Diele. Ich sandte ihn fort, um etwas Wasser zu holen und kehrte in das Zimmer zurück.

Godfrey war damit beschäftigt, dem Mädchen die Hände zu reiben, und die verschleierte Dame war über sie gebeugt und suchte die Fäden an ihrer Binde aufzumachen. Offenbar sah sie sie nicht, denn mit einer plötzlichen Bewegung schob sie ihren Schleier beiseite. Mein Herz klopfte vor Rührung über diese aufopfernde Handlung. Ich warf nur einen Blick auf ihr Antlitz und wandte dann die Augen ab.

„Ich bemerkte, wie Godfrey zusammensackte, als ob er sie erkannt hätte, aber auch er sah jetzt weg.“

„Hier ist das Wasser!“, sagte Rogers und reichte mir die Flasche und Glas.

Im nächsten Augenblick fiel sein Blick auf das Mädchen auf dem Divan. Er starrte darauf wie auf eine Erscheinung, und sein Gesicht wurde plötzlich hochrot. Dann griff er an den Hals und stürzte, halb sich abwendend, zu Boden, genau wie ich es schon einmal erlebt hatte.

der Staatenlosen und der noch in Feindesland befindlichen Kriegsgefangenen. In den besetzten Gebieten, im Westen sowie im Osten, sollte gegen die Schikanierung der deutschen Einwohner Protest erhoben werden. Er schloß mit dem Ausdruck des Vertrauens gegen die neue Regierung.

Abg. Schiffer (Dem.) erklärt, er wolle sich nicht zu sehr in die Parteipolitik einlassen. Seine Partei habe im Wahlkampf die schwerste Einbuße erlitten. Sie habe das Vertrauen und sich zur Zurückziehung aus der Regierung entschlossen. Wenn sie sich schließlich doch noch an die Regierung angeschlossen habe, so habe ihr nationalsozialistisches Pflichtgefühl daran die Schuld. Der Sozialdemokratie müsse er Vorwürfe machen, wenngleich er andererseits anerkenne, daß sie wenigstens Gewehr bei Fuß dahebe. Redner ging zur Besprechung des Regierungsprogramms über und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Kabinett von Dauer sein werde. Er schloß mit dem Ausdruck des Vertrauens zur Regierung.

Abg. Dr. Heim (Van. Volksp.) verlangt eine Bilanz der inneren und äußeren Wahrheit und der Tatsachen für diejenigen, die nach Spa gehen. Uns lege man nur Laien auf, die uns wirtschaftlich ruinieren. Zur Hebung unserer Wirtschaftslage geschähe nichts. Schon jetzt hätten wir nicht genügend Kohlen, um unsere Industrie aufrecht zu erhalten. Deshalb darf uns Ober-Schlesien nicht genommen werden. Frankreich vergibt, daß es uns nicht unter Druck halten kann, ohne sich selbst zu drücken. Er glaube, daß eine Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und Frankreich allein den Widerstand lösen könne. Redner stellt ferner fest, daß die Landwirtschaft an den teuren Obstpreisen nicht schuld sei, sondern der Zwischenhandel. Er warnt vor der Erhöhung der Getreidepreise. Wir sollten Getreide nicht im Westen, sondern im Osten kaufen, wo die Vorteile zu unseren Gunsten lauten. Er bittet ferner, das steuerfreie Einkommensminimum zu erhöhen und warnt vor der zu großen Zentralisierung, die den ganzen Betrieb unklar verteuere. Zum Schluß bittet er die Parteien, sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufinden.

Präsident Heise teilte mit, daß ein Antrag der Unabhängigen über den Verstoß und die Entlassung der Minister, die die Regierung nicht das Vertrauen des Reichstages besitze.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr nachmittags: Reichsnotrat, Fortsetzung der Debatte über das Regierungsprogramm. Schluß 5.45 Uhr.

Zum Antrag der Unabhängigen.

D. Berlin, 1. Juli. (Privattele.) Zu dem Antrag der Unabhängigen in der gestrigen Reichstags-Sitzung, der neuen Regierung ein Misstrauensvotum auszusprechen, schreibt der mehrheitssozialistische „Vorwärts“, daß die Unabhängigen mit ihrem Antrag augenscheinlich nur Demonstrationsoffizien verüben. Sie mühten sehr auf, daß die Sozialdemokraten zum Antrag, der Regierung den Vorschlag zu entziehen, auf dem sie stehen muß, um in Spa verhandlungsfähig zu sein, ihre Zustimmung nicht zu geben würden. Die sozialdemokratische Fraktion habe nicht nach Schluß des Reichstages bereits eingehend über den Antrag verhandelt und ist dabei zu dem einstimmigen Entschluß gekommen, diesen abzulehnen.

Das Blatt führt ferner, daß die Ablehnung des Misstrauensvotums in keiner Weise ein Vertrauensvotum bedeute und die Sozialdemokratie habe von vornherein erklärt, daß sie sich bei der Abstimmung über ein Vertrauensvotum der Stimme enthalten würde, daß sie aber nicht beabsichtige, der neuen Regierung von vornherein unüberwindliche Schwierigkeiten zu bereiten. Von diesem Gedanken lasse sie sich auch leiten bei der Behandlung des Antrags der Unabhängigen. Die Fraktion habe ausdrücklich erklärt, daß sie die Forderung der Regierung ablehnen will, bevor sie endgültig zu einer Stellungnahme übergeht. Vorher durch ein Misstrauensvotum sich festzusetzen, lehne sie ebenso entschieden ab als die Zumutung, der Regierung von vornherein ihr Vertrauen auszusprechen.

Badischer Landtag.

oc. Karlsruhe, 30. Juni. Zu Beginn der um 3 1/2 Uhr eröffneten Sitzung berichtete Abg. Wittmann (Str.) im Auftrag des Ausschusses für Rechtspflege über den Gesetzentwurf betr. die Zuteilung der Stadtgemeinde über die Substanz zum Amtsbereich Staufen. In dem Gesetz wird bestimmt, daß die Stadtgemeinde Substanz unter Postrennung von dem Amtsgerichtsbezirk Mühlheim dem Amtsbezirk Staufen zugeteilt wird. Das Gesetz tritt am 15. August in Kraft.

Nach einer kurzen Aussprache, an der sich die Abg. Schneider-Heidelberg (Str.), Weikmann (Soz.), Dr. Glodner (Dem.), Ritter (Soz.), Dr. Schöfer (Str.), Karl (D.N.) und der Minister des Innern Kemmle beteiligten, und in der die Uebnahme der Staufenbezirksrats in den Bezirksrat Staufen erörtert wurde, wurde das Gesetz einstimmig angenommen.

Im folgenden berichtete namens des gleichen Ausschusses Abg. Wittmann (Str.) über den Gesetzentwurf betr. die Zulassung von Referendaren zur Stellvertretung von Amtsrichtern, Staatsanwältigen, Notaren und Grundbuchbeamten. — In der Aussprache bemängelte Abg. Dr. Glodner (Dem.) den Bürokratismus des Justizministeriums im Jahre 1914 durch die Nichtabnahme von Notifikationen. Nach kurzen Bemerkungen des Ministerialdirektors Dr. Bernauer wies Justizminister Trunk darauf hin, daß die kritischen Bemerkungen des Abg. Dr. Glodner frühere Zeiten treffe. — Abg. Heise (Dem.) bat, da es sich um Kriegsteilnehmer handle, um Entgegenkommen. — Der Gesetzentwurf wurde einstimmig angenommen.

Namens des Ausschusses für Rechtspflege berichtete Abg. Dr. Veier (Dem.) über den Antrag, der Landtag wolle beschließen, das Justizministerium zu beauftragen, alsbald eine Verordnung zu erlassen, wonach die Zuständigkeit der Gemeindegerichte bis zu einem Streitwert von 300 Mark ausgedehnt wird. Der Berichterstatter führte aus, im Ausschuss sei zum Ausdruck gekommen, daß man im Allgemeinen mit der Einrichtung der Gemeindegerichte zufrieden sei. Die Mehrheit des Ausschusses habe aber der Meinung Ausdruck gegeben, daß der jetzigen amtsgerichtlichen Zuständigkeit am besten eine gemeinbegriffliche Zuständigkeit von 120 Mark ent-

sprache, da den Gemeindegerichten die richterliche Unabhängigkeit fehle. Zunächst begründete Abg. Marxhoff (Soz.) den Antrag. Die Erhöhung der Zuständigkeit der Gemeindegerichte auf 300 Mark sei schon in Hinblick auf den gesunkenen Geldwert nötig. Mit der Erhöhung der Zuständigkeit auf 300 Mark werde den Windermittelsten ein großer Dienst erwiesen.

In der Aussprache trat Abg. Schöpffe (D.N.) für den soz. Antrag ein; Abg. Schneider-Heidelberg (Str.) sprach dagegen und trat namens seiner Fraktion für den Antrag des Ausschusses ein. Justizminister Trunk führte aus, er halte eine Erhöhung auf 300 Mark für nicht gut gerechtfertigt, da sonst Streitfragen vor die Gemeindegerichte kämen; denen manche Bürgermeister doch nicht gewachsen sein könnten. — Nach weiterer kurzer Aussprache, die neue Punkte nicht brachte, wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Abg. Schöpffe (D.N.) und Marx (Str.) abgelehnt und der Antrag des Ausschusses die Zuständigkeitsgrenze der Gemeindegerichte von 60 Mark auf 120 Mark zu erhöhen mit Mehrheit angenommen.

Hierauf wurden die zuvor durchberatene Gesetzentwürfe in zweiter Lesung einstimmig angenommen. Im folgenden begründete Abg. Seibert (Str.) die von ihm eingereichte Formliche Anfrage: Vom Landgericht Offenburg wurde festgestellt, daß die Spirituszentrale von einem Liter Branntwein bis zu 34 Mark Gewinn genommen hat. Ist die Regierung in der Lage, Aufklärung zu geben, über das Geschäftsgeheimnis der Spirituszentrale und insbesondere die 300 Prozent Gewinne verwendet worden sind?

Minister Kemmle erklärte, daß die badische Regierung es ablehne, für Borgnisse verantwortlich gemacht zu werden die Reichsorganen betreffen. Die Gewinne aus dem Heeresbeständen veräußerten Branntwein seien der Reichskasse zugeflossen und dadurch wären dem Reich erhebliche Beiträge zugeflossen worden. Abg. Seibert (Str.) erklärte sich mit dieser Antwort für nicht befriedigt. — Das Haus beschloß daraufhin die Beratung der Formlichen Anfrage auf eine spätere Sitzung zu vertagen, bis die Regierung in der Lage ist, nähere Mitteilungen über den Offenburg-Prozess zu machen.

Sodann berichtete Abg. Schell (Str.) über die Anträge der Abg. Red (Dem.) und Gen., das im Hardtwald befindliche Wald in einem abgegrenzten Bezirk zu sammeln. Der Ausschuss habe beschlossen, dem Hause die Ablehnung dieses Antrages vorzulegen. Ein weiterer Antrag der Abg. Red und Gen., die Auslösung der Jagd im Hardtwald öffentlich zu verpachten, soll der Regierung empfohlen überwiegen werden.

Abg. Red (Dem.) begründete die beiden Anträge. Er führt aus, der Wildpark dürfe auch im Volksstaat nicht verschwinden, wenn er auch nur im verkleinerten Maßstab erhalten bleibe. Zurzeit ist allerdings die Neuschaffung eines Wildparks nicht möglich.

In der Aussprache führte Abg. Duffner (Str.) dieser letzteren Ansicht zu. — Von einem Regierungsvertreter wurde auf die Schwierigkeit der Anlegung eines abgegrenzten Bezirkes für einen Wildpark hingewiesen.

Hierauf wurden entsprechend dem Antrag des Ausschusses der erste Antrag Red abgelehnt und der zweite der Regierung empfehlend überwiegen.

Präsident Kopf gab bekannt, daß von soz. Seite eine Anfrage eingegangen sei über Uebereinstimmungen an der Schweizer Grenze. Nächste Sitzung Donnerstag, den 1. Juli, vorm. 9 Uhr. Tagesordnung: Petitionen.

Nermischtes.

M.B. Belgard (Pommern), 30. Juni. Bei dem im Kreise Belgard ausgebrochenen Arbeiterstreik kam es gestern in Groß-Tschow zu schweren Ausschreitungen, wobei der deutsch-nationale Parteisekretär Passarge schwer verletzt wurde. Eine Schwadron der Belgarder Husaren ist inzwischen nach Groß-Tschow abgerückt.

M.B. Kopenhagen, 30. Juni. Der Kopenhagener Kellnerausstand, der einen Monat gedauert hat, ist nunmehr beendet. Die Kellner haben einstimmig beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

M.B. London, 30. Juni. „Daily Mail“ zufolge beschloß der Ausschuss der Vergleute, einen Streik zu empfehlen, um die Erhöhung der Preise für Auslandsfahrten um 14 Schilling rückgängig zu machen.

M.B. Paris, 30. Juni. Deschanel ist heute nach Paris zurückgekehrt.

Schwere Explosionkatastrophen.

Berlin, 30. Juni. Laut „Vol. Anz.“ flog ein Lager von Zünderbomben Pulverschuppen in die Luft. Durch die starke Detonation wurden die umliegenden Fachwerkbauwerke vernichtet. Acht Soldaten wurden durch Splitter verletzt. Wie dem Blatte von militärischer Seite mitgeteilt wird, scheint Brandstiftung vorzuliegen.

München, 1. Juli. Der Blitz schlug gestern abend in Rosenheim in Oberbayern in die Pulverfabrik Winkhofer ein, wobei ein Teil der Anlagen gleich in die Luft flog. Später entstand eine gewaltige Detonation der Hauptanlage, die diese völlig zerstörte. Gegen 10 Uhr abends dauerten die Detonationen noch immer an.

Wasserstand des Rheins.

Schliersee, Donnerstag, 1. Juli, mora. 6 Uhr: 2,50 m, nach 16 cm. Rahl, Donnerstag, 1. Juli, mora. 6 Uhr: 3,33 m, nach 8 cm. Maxau, Donnerstag, 1. Juli, mora. 6 Uhr: 4,96 m, nach 2 cm. Mannheim, Donnerstag, 1. Juli, mora. 6 Uhr: 4,00 m, nach 5 cm.

richt geprenzt, sie beobachtete sie einen Augenblick, richtete sich dann auf und zog wieder ihren Schleier über das Gesicht. „Sie wird bald wieder zu sich kommen“, sagte sie. Und richtig, wenige Sekunden später schlug das Mädchen die Augen auf und blinzelte verwirrt um sich. Dann überfiel sie ein heftiges Zittern. „Was ist denn, Julie?“ fragte ihre Herrin und ergriff ihre Hand. „Waren Sie mit diesem Mann bekannt?“

Als einzige Antwort war ein Schluchzen zu hören. „Sie müssen es mit sagen.“ fuhr die Dame in ruhiger, aber festem Tone fort. „Vielleicht ist ein Verbrechen begangen worden. Sie müssen mir alles sagen. Sie können sich auf die Verschwiegenheit dieser Herren verlassen. Kennen Sie diesen Mann?“

Das Mädchen nickte und schloß die Augen. Aber ihre heißen Tränen brachen sich Bahn und rannten ihr über die Wangen herab. „In Paris?“

„Wiederum nickte das Mädchen. „War er ihr Liebhaber?“

Das Mädchen nickte von neuem, und eine frische Flut von Tränen strömte über ihr Gesicht.

„Jetzt erinnere ich mich“, sagte die Dame plötzlich. „Ich habe Sie einmal zusammen gesehen. Was wollte er in diesem Hause?“

„Erinnere dich nicht an ihn“, sagte die Dame. „Seras damit!“

„Gnädige Frau werden mir nie vergehen!“ schloß die das Mädchen. — Wir kam es vor, als ob das Mädchen tiefer in die Sache verwickelt sei, als ihr Liebhaber. Auch ihre Herrin schien das gleiche zu denken, denn ihre Stimme nahm einen noch strengeren Ton an. „Lassen Sie es darauf antommen“, sagte sie. „Berstehen Sie wohl, Sie müssen reden — wenn nicht hier, dann vor einem Polizeibeamten!“

„Nein, nein, nein.“ freischte das Mädchen und richtete sich plötzlich auf. „Das nicht! Das könnte ich nicht ertragen! Gnädige Frau würden nicht so grausam sein!“

„Dann beichten Sie!“ sagte die verschleierte Dame unerbittlich. (Fortsetzung folgt.)

Turnen, Spiel und Sport.

Der H. G. Viktoria Mühlburg errang bei den Eifer-Pokalspielen in Amelingen unter 8 Vereinen den 2. Preis.

dt. Eine großartige Leistung im Dauerlauf vollführte der bekannte Dauerläufer Peter Schimpf (Mannheim).

Schülerwettkämpfe des Karlsruher Turnvereins 1846. Am kommenden Sonntag veranstaltet der Karlsruher Turnverein 1846 auf seinem Turn- und Spielplatz in der Nähe der Telegraphenleitung

Am kommenden Sonntag veranstaltet der Karlsruher Turnverein 1846 auf seinem Turn- und Spielplatz in der Nähe der Telegraphenleitung seine diesjährigen Schülerwettkämpfe, bestehend in Duet- und Fünfkampf mit einem 10x50 Meter Staffellauf, zu denen wieder seitens der Mittel- und Volksschulen, sowie der Turn- und Sportvereine

Handelsteil.

Die Kommunalverbände und die Zwangswirtschaft.

Karlsruhe, 1. Juli. Am Dienstag vormittag traten im Sitzungssaal des Ministeriums des Innern Vertreter und Leiter der badischen Kommunalverbände zusammen, um auch ihrerseits Stellung zu der beabsichtigten Umgestaltung der Zwangswirtschaft zu nehmen.

Den einleitenden Vortrag hielt wieder, wie am Tage vorher bei der Zusammenkunft der Verbraucherorganisationen, Minister Reimer. Er behandelte einleitend die Frage der Milchlieferung (wie sie auch durch die im amtlichen Teile der Karlsruher Zeitung der gestrigen Nummer erschienene Notiz des Näheren gekennzeichnet ist), und wies auf die Gefahren des Milchmangels durch die städtische Bevölkerung hin.

Die Milchlieferung von Schlachttierefleisch ist es, bemerkt der Redner weiter, ebenfalls dauernd schlechter geworden. Für uns kommt jetzt vor allem die Schweinemast in Betracht. In der Kohlenfrage haben wir auch im nächsten Winter noch mit Schwierigkeiten zu rechnen.

Die Anlegung von Kohlenreserven am Oberrhein war bis jetzt noch nicht möglich. Der Getreidepreis wird sich in den nächsten Monaten auf 1700 bis 1800 M per Tonne steigern. Trotzdem glaubt das Reich ohne weitere Preissteigerung bis nächstes Frühjahr auszukommen.

Das Dreieck des Getreides ist sehr teuer geworden; es kostet die Dreiecksmühle pro Stunde 70-80 M, pro Tag mit den Ausgaben für Kohlen und Arbeiterlöhnen 1500 M. Da besteht die Gefahr, daß kleine Landwirte die Dreiecksmühle nicht benutzen und ihr Getreide spät abliefern.

Der Minister verbreitete sich dann noch über die anderen Fragen der Zwangswirtschaft und ging dann des Näheren auf die zur häufig den Kommunalverbänden gemachten Vorwürfe ein. Die Bevölkerung würdige leider nicht, was es bezüglich seiner Ernährung den Kommunalverbänden zu danken habe.

Es war nicht falsch, daß diese sich im Frühjahr Reserven an Lebensmitteln anlegten. Es hätte auch anders kommen können und dann wären wieder Vorwürfe leitens der Verbraucher erhoben worden. Unter Umständen sind hier die Verluste noch leichter zu tragen, als wenn etwa bei Lebensmittel Demonstrationen Amtsgebäude beschädigt worden wären.

Der Minister glaubt, daß es nach der Zusammenkunft in Spa in Deutschland besser werden kann. Aber die gegenwärtige Lage sei durch den Steuerabzug und die beginnenden Arbeiterentlohnungen sehr ernst, worauf er die Vertreter der Kommunalverbände hinwies.

Diese machten in der nun folgenden Aussprache eingehende Mitteilungen über die Verhältnisse in den einzelnen Kommunalver-

bänden. Es wurde bedauert, daß bei den verflochtenen Wahlkämpfen verschiedene Parteien den Wählern die richtige Aufhebung der Zwangswirtschaft versprochen hätten. Das habe verhängend gewirkt, denn jetzt forderten diese die Einlösung solcher Versprechen. Wenn man in der Bevölkerung Beseitigung der Kommunalverbände verlange, dann sei die Frage aufzuwerfen, was man an ihre Stelle setzen wolle. Die Organisationen der Landwirte hätten noch keine ähnliche Instanzen geschaffen. Denn um die zwangswirtschaftliche Erhaltung von Brotgetreide und Milch läme man auch künftig nicht herum. Bezüglich der letzteren wurde auch gefordert, daß die Kommunalverbände der größeren Städte mit den milchliefernden Gemeinden eigene Verträge abschließen dürfen. Bei der Getreideerfassung haben sich die Saatgutarten und Maßkarten, ebenso die Schätzung der Anbauflächen nicht bewährt. Die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Fleisches habe zweifellos auch nachteilige Folgen.

Vertreter badischer Kommunalverbände betonten, erst müßten die Lebensmittelpreise abgebaut werden, ehe an einen Abbau der Löhne der Arbeiter und Beamten gedacht werden könne. Nach der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung der Kartoffeln seien wohl auch die Fleischkategorien von der Zwangsbewirtschaftung frei. (Der Minister bejaht dies). Im übrigen werde die Regierung geben, gegen eine Erhöhung der Getreidepreise entkündigen Front zu machen. Jenseitig müßte auch werden, daß bei manchen Landwirten der ernste Wille zur Ablieferung fehle. Manche Bauernführer hätten ein doppeltes Gesicht, je nachdem sie in städtischen Kommissionen oder in Bauernversammlungen sich befänden. Das trage zur Verzerrung der Landbevölkerung bei. Die festgesetzte Erhöhung der Milchpreise habe gleichwohl keine stärkere Ablieferung der Milch gebracht. Im allgemeinen erklärten aber fast alle Redner ihr Einverständnis mit den Beschlüssen der Landtagskommission. Die Kommunalverbände würden auch fernerhin ihre Mithilfe tun und die Regierung nachdrücklich unterstützen.

In seinem Schlusswort begrüßte der Minister die gegebenen Zusagen und beantragte einige der an die Regierung gestellten Fragen, worauf die Konferenz beendet war.

Von den Börsen.

Notierungen der Berliner Börse vom 30. Juni

Table with columns for various commodities and their prices. Includes sections for 'Industrie-Werke', 'Stühle Eisen', 'Stahl', 'Kohle', 'Getreide', etc.

Table with columns for 'Kolonialwerte' and 'Schiffahrtswerte'. Lists prices for various goods and shipping services.

Berliner Devisennotierungen. Die letzten Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Table with columns for 'Telegraphische Anschlüssen' and 'Devisen'. Lists exchange rates for various locations like Amsterdam, London, etc.

Zürcher Devisennotierungen. Die letzten Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Table with columns for 'Telegraphische Anschlüssen' and 'Devisen'. Lists exchange rates for various locations like London, New York, etc.

Wirtschaftliches.

Abkündigung auch am französischen Eisenmarkt. In Frankreich kündigt sich eine Welle an den Eisenmärkten an, die durch die Eisenkontoren für Juli durch eine Ausrückung beibehalten, mit Ausnahme für Fertigfabrikate, bei welchen die Transportkosten binäquodemet werden. Richtig ist, werden auch nicht mehr die höheren Preise des Monatsmonats, sondern diejenigen des Monatsmonats berechnet, welche von den Abnehmern bezogen werden.

Large advertisement for shoes. Title: 'Erklärung'. Text: 'Der gemeinnützige Verkauf von Schuhwaren des Ortsausschusses Karlsruhe des A. D. G. ist nichts weiter, als ein von gewissen Personen (früher nicht im Schuhhandel), welche die Gewerkschaft als Mittel zu ihrem Zweck benützten, veranstaltetes Gewinnunternehmen. Der Hintermann, der seit Wochen in einem ersten hiesigen Hotel wohnt, täglich mit seinem eigenen Auto nebst eigenem Chauffeur Luxusfahrten unternimmt, hat in 14 Tagen Hunderttausende an dem hiesigen Verkauf verdient. Wir werden nachweisen, dass mit ganz enormem Gewinn gearbeitet wird, daß Stiefel à Mk. 120.— verkauft werden, fast ganz aus Pappdeckel (im Frieden kostete gleiches Fabrikat im Einkauf M. 4.— bis 5.—), dass Stiefel die ab Fabrik mit M. 108.— bezahlt wurden, zum „Selbstkostenpreis“ von Mk. 160.— verkauft wurden, alles aus Liebe fürs Publikum. Ein sehr großer Teil der zum Verkauf gelangten Waren wurde vor Abgabe an obige Hintermänner des A. D. G. einem hiesigen ersten Geschäft angeboten. Der betreffende Fachmann hat den Ankauf der Mehrzahl der Artikel abgelehnt, weil die Qualitäten zu schlecht waren. Diese Herren werden vielleicht weitere Hunderttausende in wenigen Tagen verdienen; der reelle Schuh-Handel hat aber ein Interesse daran, daß das Publikum erfährt, was alles aus „reiner Nächstenliebe“ ihm zugemutet wird. 10738'

Advertisement for 'Städt. Fischhalle (hinter d. Bierordfisch)'. Text: 'Von Freitag ab täglich groß. Massenverkauf lebendfrischer Seefische zu den bekannt billigsten Preisen. Verkaufzeit 8-12 vorm. u. 3-6 nachm. Beiliegenden Bausche entsprechend haben wir in der Werkstatt Goethestraße 35 eine weitere Verkaufsstelle errichtet. 10869 Druckerarbeiten werden nach Maß (sogar angefertigt in der Druckerei der „Badischen Presse“.)

Advertisement for 'Rheinbad Maxau'. Text: 'Das städt. Rheinbad Maxau ist geöffnet. 10420'

Advertisement for 'Gartenschläuche'. Text: 'Gartenschläuche nebst sämtl. Zubehörenden Albert Siegler, Schlauchfabrik am Giengen a. Brens 38. Vertret.: Joh. Dippler, Karlsruhe, Obkirch. 2.

Advertisement for 'Altpapier, Lumpen u. Alteisen'. Text: 'Kerpner, Alperr, Weidmann & Cie. Amalienstraße 37 - Telefon 3729 und Dulaß, frühere Dampfmaschinenfabrik Jäten, Telefon 702. Ware wird auf Wunsch abgeholt. 10597'

Advertisement for 'Teilhaber in gesucht!'. Text: 'Suchen wir, erfindungsreicher, nicht auf sofort eine Tätigkeit im Geschäft in der Textilindustrie mit 10-15000 Mk. Einlage, absehbare Vertriebsverhältnisse, Wohnort und Verbringung im Sinne. Angebote unter Nr. 10990 an die „Badische Presse“ erbeten.

Advertisement for 'Briefkasten'. Text: 'mit Sicherheitsverschluss und auswechselbaren Mittelteilchen, eineln und in Reihen, für Postbesitzer im Haus für Anzeigen, Geschäftsbriefe, Hausbesitzer verlangen sofortige Lieferung für Reihenbriefkästen. 10281'

Advertisement for 'Cement, Kalk, Gips, Ziegel'. Text: 'sowie alle Baumaterialien liefert zu billigsten Tagespreisen frei Baustelle oder franco Station 41886'

Advertisement for 'Baumaterialien-Handlung'. Text: 'Gebriider Blau, Graben Telefon Nr. 5 und 21. Für rationisierte Waren sind Besonderebestimmungen bei Bezug über 10 Tsd. gültig.

Advertisement for 'Verlobungskarten'. Text: 'werd. geschmackvoll angefertigt in d. Buchdruckerei der „Badischen Presse“.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an unserem schweren Verluste unseres lieben Sohnes und Bräutigams B80084

Otto Urbach sagen wir auf diesem Wege herzlichsten Dank. Familie Urbach nebst Braut und Angehörigen.

Ämtliche Bekanntmachung.

Dem August Gemeinde in Karlsruhe, Kreis Karlsruhe, wurde aufgrund des § 1 der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 27. Februar 1916, Verwaltungsregelung mit Rücksicht auf die behördlich jederseitigen Überprüfungen, die Genehmigung zum Gemeindeamt (Ständebuch, Gemeinde, Schatz und Steuern) in den Grenzen der eingetragenen Gemeinden erteilt. 10736

Kartoffelverjorgung aus der neuen Ernte.

Nach den bestimmten Erfahrungen des letzten Winterjahres des Innern liegt es fern, daß für Baden von einer diesjährigen Kartoffelernte überaus reichliche Mengen zu erwarten sind. Die Verjorgung der städtischen Bevölkerung mit Kartoffeln aus der Ernte 1920 ist also nicht zu befürchten. Dies gilt auch für die kommenden Wintermonate. Aus dem Grunde sind keine besonderen Vorkehrungen für den Winterbedarf der städtischen Bevölkerung zu treffen. Der Bedarf kann auch nach Belieben auf einmal, oder in Teilbeträgen gedeckt werden. Eine eventuelle Notlage, die erforderlich wäre, wird durch die städtischen Behörden rechtzeitig in die Wege zu leiten. Eine Notlage ist jedoch, die nur in einer unvorhergesehenen Weise eintreten würde, sollte unter allen Umständen vermieden werden. Die Stadt ist noch ausreichend mit Kartoffeln aus der letzten Ernte versorgt, um den Bedarf der Bevölkerung in den nächsten Wochen bis zur neuen Ernte decken zu können. 10739

Bekanntmachung.

Den Fortbildungsinstitut betr. Die Eltern oder deren Stellvertreter, die Arbeits- und Lehrlinge sind nach § 10 des Gesetzes vom 19. April 1918 verpflichtet, die unter ihren Obhut stehenden Lehrlinge über die Fortbildungsinstitute zu unterrichten. Die Eltern oder deren Stellvertreter sind verpflichtet, die Fortbildungsinstitute zu besuchen. Die Eltern oder deren Stellvertreter sind verpflichtet, die Fortbildungsinstitute zu besuchen. Die Eltern oder deren Stellvertreter sind verpflichtet, die Fortbildungsinstitute zu besuchen. 10739

Drtskrankenkasse der Dienstboten. Seit Beginn des Jahres 1919 ist unter der Leitung des Vorstandes die Krankenkasse der Dienstboten in Karlsruhe eingerichtet. Die Krankenkasse der Dienstboten in Karlsruhe ist eine freiwillige Krankenkasse für Dienstboten. Die Krankenkasse der Dienstboten in Karlsruhe ist eine freiwillige Krankenkasse für Dienstboten. 10739

Phorosan - Heilinstitut für Haut- u. Geschlechtskrankheiten. Karlsruhe, Kaiserstraße 91 III. Schmerzlose Behandlung der Gonorrhoe nach dem neuen Phorosan-Verfahren. Heilung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchungen, Behandlung sämtlicher Hautkrankheiten. 10739

Verreist Zahnärztin Hanna Schill. Entlingerstraße 15. 10688

70 Zimmer 30 ältere Mutter-Schafe. Verkauf u. Leihgut Friedrich bei Karlsruhe. 10688

Uhren-Reparaturen aller Art werden schnell und gut unter Garantie erledigt bei Urmacher M. Engelberg, Adlerstr. 27. 10091

Zahlungsanforderung.

Das zur Zahlung verpflichtete Unternehmen ist die Badische Anilin- und Soda-Fabrik. Die Zahlung ist an die Badische Anilin- und Soda-Fabrik zu leisten. 10078

Wer erteilt Unterricht in der engl. Sprache?

Angeb. unt. Nr. 10400 an die Geschäftsstelle der Badischen Presse. 10736

Kapitalien ABDA ALLGEMEINE BELEH- u. PRIVATDARLEHEN-ANSTALT.

Komm.-Ges. LAHR I. B. Finanzierungen Beleihungen Privat-Darlehen. 10736

Brauchen Sie Geld?

Bitte wenden Sie sich an die Darlehensstelle F. Gauwoller, Karlsruhe, Mühlweg 14. (Königsplatz). 10736

3000 Mark

für ein gewinnbringendes Unternehmen. 10736

3000 Mark

von Selbstgelehrten. 10736

Stiller Teilhaber

mit 20000-30000 Mark. 10736

Heirat

Gesucht wird ein Mann. 10736

Erntegemeint!

Erntegemeint! 10736

Hans von Holtzendorff Strafanstaltsdirektor und Hauptmann a. D. Immanuel von Holtzendorff geb. Frein von Hammerstein-Gasmold Vermählte Berlin, den 1. Juli 1920. 4156a

Lotte hat ein Schwesterehen bekommen. Dies zeigen hochachtungsvoll Max Stern u. Frau Betty geb. Gulerstein. Vorholstraße 44, I. 82954

Statt Karten. Zeigen hiermit die Geburt eines Sohnes an. 10743 Gustav Homburger u. Frau Else, geb. Wertheimer.

Rohlen- und Holzbezug. Die günstigste Zeit für den Bezug von Kohlen und Holz ist jetzt. 10740

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe. 10740

Fahrräder, Nähmaschinen und sämtliche Ersatzteile Fahrradpneumatik nur frische Qualitätsware in reicher Auswahl zu billigsten Tagespreisen. Friedrich Fries, Wilhelmstr. 35. 10584

Möbel-Ausstellung Badischer Bau und G. m. b. H. Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 22 (Eckhaus Rönnekehaus) 8877

BILLING & ZOLLER Aktien-Gesellschaft für Bau- und Kunst-Tischlerarbeiten. 10736

la. Celluloid Dauerwäsche beste deutsche Marke, starke Friedens-Qualität liefert jeden Posten. S. Horowitz, Karlsruhe I. B., Werderstr. 82. 10736

Apfelwein vorzügliche Qualität, sowie Schmecker Apfelwein mit 6% Alk. als Handelsoberfläche. 10736

Hoher Verdienst finden rührige Personen, bes. für Damen durch den Verkauf meines neuen, sehr gesuchten und geschätzten Artikels. 10736

Schreibmaschinen-Mechaniker. 10736

Haftpflicht-Versicherung. Reise-Beamten in feste Stellung. 10701

Schreibische. 10736

Haftpflicht-Versicherung. Reise-Beamten in feste Stellung. 10701

Slavierpieler für dauernd gesucht. 10736

Buchbinder für Buchbinden im Kleinen. 10736

Reparatur an Keller- u. Kaminröhren. 10736

Bett-Verkleidungen für Metallbetten. 10736

Wapppapier. 10736

Ein Mädchen für Küche und Hausarbeit. 10736

Lebendrische, große ausgewildete Blauefelsen. 950

Reise-Proviant. 10736

